

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

**des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit  
(16. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Sylvia Kotting-Uhl, Annalena Baerbock,  
Bärbel Höhn, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
– Drucksache 18/772 –**

### **Für mehr Transparenz in der Internationalen Atomenergie-Organisation**

#### **A. Problem**

Mit dem Antrag soll die Bundesregierung aufgefordert werden, von der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO) eine transparentere Arbeitsweise einzufordern. Dafür solle ein Peer-Review-Verfahren angestoßen werden, das konkrete Kriterien für die Geheimhaltung von Informationen entwickle.

Die nach Auffassung der Antragsteller systematische Verharmlosung von radioaktiver Strahlung solle auf der 58. Generalkonferenz der IAEO vom 22. bis 26. September 2014 in Wien diskutiert und beendet werden.

#### **B. Lösung**

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.**

#### **C. Alternativen**

Keine.

#### **D. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand**

Wurden im Ausschuss nicht erörtert.

**Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Antrag auf Drucksache 18/772 abzulehnen.

Berlin, den 19. März 2014

**Der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit**

**Bärbel Höhn**

Vorsitzende

**Steffen Kanitz**

Berichterstatter

**Hiltrud Lotze**

Berichterstatterin

**Hubertus Zdebel**

Berichterstatter

**Sylvia Kotting-Uhl**

Berichterstatterin

## Bericht der Abgeordneten Steffen Kanitz, Hiltrud Lotze, Hubertus Zdebel und Sylvia Kotting-Uhl

### I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 18/772** wurde in der 20. Sitzung des Deutschen Bundestages am 13. März 2014 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit und zur Mitberatung an den Auswärtigen Ausschuss sowie den Ausschuss für Wirtschaft und Energie überwiesen.

### II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Antragsteller legen dar, vor und nach der Reaktorkatastrophe von Fukushima habe es Hinweise gegeben, dass die IAEO der Förderung der Atompolitik höchste Priorität einräume und nukleare Gefahren verharmlose. Durch die Recherche einer japanischen Zeitung sei bekannt geworden, dass die IAEO mit den Präfekturen Fukushima und Fukui sowie der Medizinischen Fakultät von Fukushima Verträge ausgehandelt habe, die eine Geheimhaltung bestimmter Informationen garantiere.

Mit dem Antrag soll die Bundesregierung aufgefordert werden, von der IAEO eine transparentere Arbeitsweise einzufordern. Dafür solle ein Peer-Review-Verfahren angestoßen werden, das konkrete Kriterien für die Geheimhaltung von Informationen entwickle.

Die nach Auffassung der Antragsteller systematische Verharmlosung von radioaktiver Strahlung solle als Tagesordnungspunkt auf der 58. Generalkonferenz der IAEO vom 22. bis 26. September 2014 in Wien offen diskutiert und beendet werden.

### III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Das Votum des **Auswärtigen Ausschusses** lag bei Abschluss der Beratungen nicht vor.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** hat mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 18/772 abzulehnen.

### IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit hat den Antrag auf Drucksache 18/772 in seiner 8. Sitzung am 19. März 2014 abschließend beraten.

Die **Fraktion der CDU/CSU** erklärte, in dem Antrag werde auf einen Zeitungsartikel Bezug genommen. Danach solle es Absprachen zwischen der Internationalen Atomenergie-Organisation und den Präfekturen Fukushima und Fukui sowie der Medizinischen Fakultät von Fukushima gegeben haben. Man sei übereingekommen, bestimmte Informationen nicht zu veröffentlichen, sondern geheimzuhalten.

Grundsätzlich sei man bereit, sich mit diesem Thema zu befassen. Dies dürfe jedoch nicht ausschließlich auf der Grundlage eines Medienberichtes geschehen. Es gehe darum, wie man die Internationale Atomenergie-Organisation zu einer transparenteren Arbeitsweise bewegen könne. Wenn aber in dem Antrag von einer systematischen Verharmlosung radioaktiver Strahlung geredet werde, zeige dies, dass hier die Ächtung der Internationalen Atomenergie-Organisation im Vordergrund stehe und nicht eine ernsthafte Debatte darüber, wie man mehr Transparenz erreiche.

Die **Fraktion der SPD** erläuterte, prinzipiell sei man für Offenheit und Transparenz. Vor allem, wenn es um so essenzielle Fragen, wie den Umgang mit Atomenergie gehe. Der vorliegende Antrag unterstelle jedoch der IAEO systematische Verharmlosungen, ohne die fundamentale Kritik an der Organisation wirklich zu belegen. Den erhobenen Vorwürfen müsse nachgegangen werden, um entsprechende Konsequenzen zu ziehen. Eine pauschale Vorverurteilung sei nicht das geeignete Mittel.

Die **Fraktion DIE LINKE.** teilte mit, man unterstütze den Antrag, weil er in die richtige Richtung gehe. Die Transparenz innerhalb der IAE0 müsse erhöht werden. Dies könne jedoch nur der erste Schritt sein. Die Rolle der IAE0 insgesamt müsse in den Blick genommen werden, denn für die IAE0 genieße die Förderung der Atomenergie weiterhin höchste Priorität. Sie glaube noch immer, mit der Atomenergie einen Beitrag zum Frieden, zur Gesundheit und zum Wohlstand in der Welt leisten zu können. Dies stehe nach wie vor so in Artikel 2 der Satzung der IAE0. Damit sei die IAE0 grundsätzlich auch eine Förderorganisation der Atomenergie. Die Bundesregierung solle sich für eine Änderung der Satzung starkmachen, die die Rolle der IAE0 darauf festlege, den weltweiten Atomausstieg voranzutreiben.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** wies darauf hin, dass die japanische Zeitung „Tokyo Shimbun“ eine große anerkannte Zeitung Japans sei, die wahrscheinlich dem Komplex „atomares Dorf“, bestehend aus Presse, Politik und der Atomwirtschaft, zuzurechnen sei. Die Recherchen seien belastbar.

Die IAE0 mache im Bereich der Verhinderung von Proliferation gute Arbeit. Auf der anderen Seite betreibe sie bei der Förderung der friedlichen Nutzung der Atomkraft eine systematische Verharmlosung. Dies belege auch die Zahl von angeblich 50 Toten nach der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl. Diese Zahl habe die IAE0 in die Debatte eingebracht. Es sei absolut nicht nachvollziehbar, wie man angesichts der vielen Verstorbenen und der zahlreichen Missbildungen, die von Generation zu Generation aufträten, nach wie vor von nur 50 Toten reden könne. Diese Verharmlosung der Atomkraft müsse beendet werden.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dem Deutschen Bundestag zu empfehlen, den Antrag auf Drucksache 18/772 abzulehnen.

Berlin, den 19. März 2014

**Steffen Kanitz**

Berichterstatter

**Hiltrud Lotze**

Berichterstatterin

**Hubertus Zdebel**

Berichterstatter

**Sylvia Kotting-Uhl**

Berichterstatterin